

11 Fragen an: Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)

1. Mit der Verabschiedung der „Agenda 2030“ sichert Österreich eine kontinuierliche Arbeit an nachhaltiger Entwicklung zu, die auch ein zentrales Thema von Bildung ist. In acht der 17 Entwicklungsziele werden ausdrücklich Menschen mit Behinderung adressiert.
Wie stellen Sie einen umfassenden Diskurs sicher, um Bildung im Rahmen von bzw. als Praxis nachhaltiger Entwicklung zu schärfen und diese so verstandenen Bildungsprozesse an allen Schulformen zu etablieren?

Antwort der SPÖ:

Die SPÖ tritt für die Verankerung und den Ausbau eines inklusiven Schulsystems ein. Diese Forderung wird seit Jahren vertreten und sozialdemokratische Bildungsministerinnen haben die Etablierung der Modellregionen initiiert und vorangetrieben. Es gibt aber noch immer sehr viel zu tun. Uns ist dieses Thema ein großes Anliegen und wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass inklusive Schule flächendeckend und in hoher pädagogischer Qualität Realität wird. Nur so kann es eine Schule geben, die Chancengerechtigkeit für alle Kinder tatsächlich garantiert.

2. Der österreichische Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN-BRK stellt in seinem zweiten Bericht (2018) fest, dass die Handlungsempfehlungen aus 2013 zum Artikel 24 („Bildung“) nicht implementiert wurden. Dies betrifft u.a. die umfassende Etablierung inklusiver Strukturen auf allen Ebenen des Bildungssystems, die Berücksichtigung inklusiver Bildung in sämtlichen Lehramtsstudiengängen, deren konsequente Öffnung für Menschen mit Behinderung sowie die finanzielle Förderung dieser Maßnahmen.
Auf welche Weise werden Sie die strukturelle Transformation zu einem inklusiven Bildungssystem auf allen Ebenen unterstützen und wie werden Sie den Abbau von Barrieren und Diskriminierungen sicherstellen?

Antwort der SPÖ:

Wir werden selbstverständlich weiterhin alle Maßnahmen unterstützen, die den Abbau von Barrieren und Diskriminierungen zum Ziel haben. Die PädagogInnenbildung NEU legt schon jetzt eine Basis für ein grundsätzliches Verständnis aller Studierenden zu Inklusion. Selbstverständlich muss das Masterstudium Sonderpädagogik weiter forciert werden. Hier braucht es eine Evaluierung, ob die Verankerung in den Curricula ausreichend erfolgt ist und ob ggf. eine Nachschärfung notwendig ist.

3. Der Anteil derjenigen Schüler*innen, die in Sonderschulklassen unterrichtet werden (Exklusionsanteil), liegt in Österreich seit Jahren relativ unverändert bei rund 40%. Insgesamt kommt der Abbau des Sonderschulsystems nur schleppend voran. Für den Pflichtschulbereich zeigen die Zahlen des „Nationalen Bildungsberichts 2018“, dass seit 2008 in Österreich der Anteil der Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF) sogar gestiegen ist (Förderquote) und damit auch das Risiko von Stigmatisierung und Ausgrenzung aufgrund einer Behinderung. Zwischen einzelnen Bundesländern bestehen im Hinblick auf die Inklusions-, Exklusions- und Förderquoten zum Teil erhebliche Unterschiede (z.B. Exklusionsanteil Kärnten: 18%, Wien: 49%).
Welche bildungspolitische Strategie verfolgt Ihre Partei, um in der kommenden Legislaturperiode die Förder- und Segregationsquoten weiter zu senken?

Antwort der SPÖ:

Wir wollen eine inklusive Schule für alle Kinder. Die bestehenden Modellregionen sollen weiter ausgebaut werden und zur flächendeckenden Umsetzung kommen. Nach diesem Modell wird eine Vollinklusion angestrebt, in dem Segregation der Vergangenheit angehört.

4. Im „Nationalen Aktionsplan Behinderung 2012–2020“ wird die Etablierung von Inklusiven Modellregionen (Steiermark, Kärnten und Tirol) definiert, in denen Maßnahmen zur Implementierung eines inklusiven Schulwesens entwickelt und erprobt werden. Der Aktionsplan sieht vor, dass die Modellregionen bis 2020 auf ganz Österreich ausgeweitet werden sollen.
Wie und in welchem zeitlichen Rahmen werden Sie die Erfahrungen aus den Modellregionen in eine bundesweite Strategie für ein inklusives Bildungssystem integrieren und einen flächendeckenden Ausbau umsetzen?

Antwort der SPÖ:

Es hängt entscheidend von der kommenden Nationalratswahl ab, ob die Sozialdemokratie in die Rolle kommt, ministerielle Verantwortung für das Bildungsministerium zu übernehmen. Wenn dies der Fall sein sollte, werden die Modellregionen evaluiert und bewährte Konzepte in einem Peer Learning- und Schulentwicklungsprozess entsprechend ausgerollt. In der Rolle als Oppositionspartei würden wir selbstverständlich weiterhin Druck machen - auf parlamentarischem und medialem Weg, um hier rasch in Umsetzung zu gelangen.

5. In den Inklusiven Modellregionen sind verschiedene Konzepte für eine indexbasierte (anstelle einer individuellen) Ressourcenzuteilung erarbeitet worden. Es hat sich gezeigt, dass damit die Stigmatisierung vieler Kinder und Jugendlicher als Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf (SPF) vermieden und für die Schulen bzw. Regionen autonome Handlungsspielräume für präventive Maßnahmen geschaffen werden konnten.
Soll für deren Finanzierung bloß eine Umschichtung der vorhandenen Ressourcen von weniger zu stärker belasteten Schulen erfolgen oder werden Sie zusätzliche Mittel für notwendige kompensatorische Fördermaßnahmen bereitstellen?

Antwort der SPÖ:

Es braucht eine treffsichere, indexbasierte Verteilung und wir wollen zusätzliche Mittel für kompensatorische Fördermaßnahmen bereitstellen.

6. Im „Nationalen Bildungsbericht 2018“ wird einmal mehr festgehalten, dass die familiäre Herkunft für den Bildungserfolg der Kinder eine wesentliche Rolle spielt und der Umgang mit Heterogenität im österreichischen Bildungssystem ausbaufähig ist. Empfohlen wird „ein kooperatives, in Professionellen Lerngemeinschaften zusammenarbeitendes Team an Schulen, das um ständige Schul- und Unterrichtsentwicklung bemüht ist, kompetente Leitungspersonen und schließlich ein Umfeld, das Unterstützungsmaßnahmen bereitstellt, die professionellen Servicecharakter haben.“ (Bd. 2, S. 46)
Was gedenken Sie zu tun, um eine adäquate Unterstützungsstruktur für österreichische Schulen aufzubauen?

Antwort der SPÖ:

Wir stehen voll hinter diesen Aussagen. Die Sozialdemokratische Bildungsministerin hat im Jahr 2017 im Rahmen der Bildungsreform unter anderem eine umfassende Behördenreform, sowie erweiterte Autonomie, eine indexbasierte Ressourcenzuteilung (Chancenindex) und Gestaltungsmöglichkeiten implementiert. Diese autonomen Möglichkeiten an den Schulstandorten haben genau die angesprochenen Punkte zum Ziel, denn jede Bildungseinrichtung ist anders und muss, angepasst an die Schülerinnen und Schüler, flexibel handeln können. Zudem wurde der Integrationstopf in der Höhe von 80 Mio./Jahr implementiert mit dem Ziel,

Schulen mit besonderen Herausforderungen mit zusätzlichen Ressourcen und vor allem auch Unterstützungspersonal unter die Arme zu greifen.

Die ständige Weiterentwicklung von Schul- und Unterrichtsentwicklung ist uns ein großes Anliegen. Wir bedauern daher, dass die Bildungsstandards nicht mehr in der bewährten Form weitergeführt werden und somit wertvolles Wissen über Längsschnitte in der Schulentwicklung vernichtet wird.

7. In der Stellenplanrichtlinie des Bundes zur Berechnung der Dienstposten wird immer noch von einer Förderquote von 2,7 % ausgegangen, während der „Nationale Bildungsbericht 2018“ eine Förderquote von 3,9 % ausweist. Dass damit ein eklatanter Ressourcenmangel evident wird, der sich auch nicht durch zusätzliche Planstellen gemäß § 4 Abs. 8 FAG 2017 mildert, weil diese vorwiegend für Strukturmaßnahmen verwendet werden, steht außer Frage. Andererseits wird mit einem restriktiven SPF-Verfahren (siehe aktuell das Rundschreiben 7/2019 des BMBWF) versucht, die Förderquote zu senken. Dabei bleiben viele Schüler*innen auf der Strecke.

Welche Änderungen werden Sie daher einfordern und wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler*innen, die besondere Unterstützung benötigen, diese auch erhalten?

Antwort der SPÖ:

Der aufgabenorientierte Finanzausgleich - geplant für 2019, über den die Pflichtschulen Mittel zugeteilt bekommen, hatte ein ehrliches Hinschauen auf die Bedarfe an Schulen zum Ziel –auch hinsichtlich SPF. Dieser wurde von der türkis-blauen Regierung ersatzlos gestrichen. Unser Ziel ist daher, diesen wieder einzuführen und die Ressourcen entsprechend bereit zu stellen.

8. Seit 2015 gibt es in Österreich eine schulstufenspezifische statt einer schulartenspezifischen Lehramtsausbildung. Somit gibt es keine eigenständigen Ausbildungen mehr für Volksschul-, NMS-, Gymnasial- und Sonderschullehrer*innen. Der „Nationale Bildungsbericht 2018“ zeigt auf, dass der Erwerb von Kompetenzen zum Fokus „Behinderung“ in der neuen Lehrer*innenbildung sowohl strukturell als auch inhaltlich gut verankert ist.

Sind sie für die Beibehaltung der neuen, schulstufenspezifischen Ausbildungsstruktur oder, wie im Regierungsprogramm 2017–2022 angedacht, für die Wiedereinführung einer eigenständigen sonderpädagogischen Ausbildung?

Antwort der SPÖ:

Wir treten selbstverständlich für die schulstufenspezifische Ausbildungsstruktur ein und sind entschieden gegen die Wiedereinführung einer eigenständigen sonderpädagogischen Ausbildung. Alle Pädagoginnen und Pädagogen sollen sich mit dem Thema im Rahmen ihrer Ausbildung auseinandergesetzt haben. Nur so kann es gelingen, eine gemeinsame, inklusive Schule zu etablieren. Die Spezialisierung und weitere Vertiefung im Masterstudium soll forciert werden.

9. Der Studierenden-Sozialerhebung 2015 (BMFWF 2016) kann entnommen werden, dass an Pädagogischen Hochschulen der Anteil von Studierenden mit Behinderung oder nichtdeutscher Muttersprache gegenüber anderen tertiären Einrichtungen wesentlich niedriger ist. Es muss davon ausgegangen werden, dass sich die gesellschaftliche Diversität in der Lehrer*innenbildung nicht widerspiegelt (siehe auch NBB 2018, S. 69ff.). Damit werden aber auch Ressourcen nicht genützt, die durch Diversität und Mehrsprachigkeit sowie den Einsatz als Rollenvorbilder möglich wären.

Welche Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils von Studierenden mit nichtdeutscher Muttersprache oder Studierenden mit Behinderungen wollen Sie setzen?

Antwort der SPÖ:

Die Basis dazu legt die flächendeckend verankerte, vollinklusive ganztägige Schule, damit die Chance von Kinder mit Behinderung bzw. nicht deutscher Muttersprache auf einen Maturaabschluss steigt. Zudem braucht es allerdings auch ein aktives Zugehen auf diese Zielgruppe von Seiten der PHs und Unis

10. Die bis Ende 2018 bestehenden Bundeszentren wurden 2019 durch „National Competence Center“ (NCoC) ersetzt. Diese sind als Organisationseinheiten der Pädagogischen Hochschulen konzipiert. Aktuell wurden neun Bundeszentren in NCoC überführt. Das Bundeszentrum Inklusive Bildung und Sonderpädagogik (www.bzib.at), das in den vergangenen Jahren intensiv die Inklusiven Modellregionen wissenschaftlich begleitet, Arbeitsergebnisse disseminiert und dazu beigetragen hat, Barrieren für Menschen mit Behinderungen in der Schule des 21. Jahrhunderts abzubauen, wurde nicht wieder bewilligt. Gerade für die kommenden Aufgabenstellungen, wie die Weiterentwicklung des Nationalen Aktionsplans, die Reform der Lehrer*innenbildung, die Umsetzung der „Agenda 2030“ sowie die Fortführung der bestehenden Zielsetzungen wird die Expertise eines solchen bundesweit wirksamen Kompetenzzentrums dringender denn je benötigt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass im Rahmen der NCoC das Bundeszentrum für Inklusive Bildung und Sonderpädagogik weiterhin bestehen bleiben kann?

Antwort der SPÖ:

Ja, wir werden uns dafür einsetzen.

11. Aktuelle Veränderungen im Bildungsbereich manifestieren und schaffen strukturelle Bedingungen, die Bildungsgerechtigkeit nicht unterstützen und Schulabbrüche und erfolglose Bildungswege nicht verhindern werden. Zahlreiche Befunde deuten darauf hin, dass die im „Pädagogik Paket 2018“ bereits durchgeführten Änderungen, wie die Kategorisierung der Schüler*innen in zwei Leistungsniveaus („Standard“ und „AHS-Standard“), die Wiederholung von Schulstufen aufgrund negativer Beurteilungen ab der dritten Schulstufe oder die Verpflichtung zur Ziffernbeurteilung ab der zweiten Schulstufe den Erwartungen einer optimalen Förderung unterschiedlich befähigter Schüler*innen nicht gerecht wird. Um Bildungsbenachteiligung zu kompensieren und so die Bildungschancen aller zu erhöhen, müssen Entwicklungen in Richtung Prävention angestoßen werden. Dafür braucht es zusätzliches Personal und Ressourcen. Dem gegenwärtigen Trend nach, ist eher eine Zurücknahme zusätzlicher Ressourcen wie z.B. der mobil tätigen Lehrer*innen oder Berater*innen an Schulen zu befürchten.

Was werden Sie unternehmen, um mit Blick auf die aufgezeigten Probleme, Lehrpersonen wie auch Schulen die (Weiter)-Entwicklung einer besseren Passung zwischen Lernangebot und Lernausgangslage zu ermöglichen?

Antwort der SPÖ:

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Mittel aus dem Integrationstopf (Maßnahme Sozialdemokratischer Ministerinnen!), die dringend notwendiges Unterstützungspersonal an die Schulen gebracht haben, auf keinen Fall gekürzt werden. Leider hat die türkis-blaue Bundesregierung hier anders entschieden. Selbstverständlich haben wir auch den Beschluss des „Pädagogik Pakets 2018“ nicht unterstützt, da dieses Paket die bildungspolitischen Maßnahmen um Jahrzehnte zurückwirft. Die Sozialdemokratie möchte eine moderne Schule, die das Kind in den Mittelpunkt aller Handlungen stellt. Jedes Kind, egal welchen familiären Hintergrund oder welche Beeinträchtigungen es hat, hat die beste Förderung verdient. Wir möchten, dass Schule Kinder zu einem selbstbestimmten Leben befähigt und ihnen Perspektiven für ihre Zukunft bietet. Wir wehren uns gegen Stigmatisierungen und frühzeitige Auslese. Chancengerechtigkeit muss unser Anspruch in einer Bildungspartnerschaft des 21. Jahrhunderts sein.